

Linkspartei.PDS Reinickendorf
Bezirksvorstand

Beschluss

(einstimmig angenommen am 13. November 2006)

Nach ausführlicher Diskussion der Verhandlungsergebnisse im Koalitionsvertrag spricht sich der der Bezirksvorstand der Linkspartei.PDS Reinickendorf gegen die Fortsetzung der Koalition von SPD und Linkspartei.PDS in Berlin aus und wird unseren Landesparteitagsdelegierten raten, dagegen zu stimmen.

Der Bezirksvorstand ist nicht überzeugt, dass wir mit diesem Koalitionsvertrag unter sich bundesweit und in Berlin weiter verschlechternden Rahmenbedingungen eine für die Menschen der Stadt spürbare sozial gerechte Politik verfolgen und damit deren in den vergangenen Jahren verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen können.

Der Bezirksvorstand findet sich in seiner Position nicht zuletzt durch die Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung bestärkt, die im Entwurf der „Programmatischen Eckpunkte“ für die neue Linke Partei formuliert sind:

„Regierungsbeteiligung ist für die Linke ein Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung, wenn dafür die notwendigen Bedingungen gegeben sind. Maßstäbe für Regierungsbeteiligungen sind die Verbesserung der Lage von Benachteiligten und die Verstärkung politischer Mitbestimmung, die Errichtung von Barrieren gegen die neoliberale Offensive, die Durchsetzung alternativer Projekte und Reformvorhaben. Sie muss die Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links und die Einleitung eines Politikwechsels befördern. Die Linke ist – auch in der Regierung – nur so stark, wie sie in der Gesellschaft verankert ist und wie sie gesellschaftliche Unterstützung erfährt. Linke Politik braucht die weiter treibende Kritik, öffentlichen Druck und außerparlamentarische Mobilisierung.“